

POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

April 2004

PRÄSIDENTENWAHL UND REFERENDUM IN DER SLOWAKEI

- **Sensation bei slowakischer Präsidentenwahl, Referendum ungültig**
- **Erste Reaktion auf den „Wahlschock“**

Sensation bei slowakischer Präsidentenwahl, Referendum ungültig

Der erste Durchgang der slowakischen Präsidentenwahl am Samstag, 3. April, endete mit einer Sensation. Der in fast allen Umfragen als hoher Favorit ausgewiesene Außenminister Eduard Kukan von der "Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union" (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda wurde nur Dritter und verfehlte knapp den Einzug in die Stichwahl. Souveräner Gewinner in fast allen Wahlkreisen wurde der 61-jährige Ex-Ministerpräsident Vladimír Mečiar mit 32,73 Prozent. Sein Gegner in der Stichwahl am 17. April wird überraschend sein langjähriger politischer Weggefährte, der 62-jährige Ex-Parlamentspräsident Ivan Gašparovič. Dieser schnitt mit 22,28 Prozent knapp besser als der 64-jährige Kukan ab, der nur 22,09 Prozent erreichte. So enttäuschend, wie die letzten Umfragen erwarten ließen, schnitt Amtsinhaber Rudolf Schuster ab, der sich trotz vielerlei Warnungen und seines Alters von immerhin schon 70 Jahren noch einmal in das Wagnis einer Wiederkandidatur gestürzt hatte. Dabei hätte sich Schuster ruhigen Gewissens als der Präsident zurückziehen können, der die Slowakei in die NATO und EU geführt hat. Die Slowakei ist seit 29. März Mitglied der NATO und tritt am 1. Mai der Europäischen Union bei. Erwartungsgemäß chancenlos waren alle anderen Kandidaten. Noch relativ respekta-

bel schnitten die vor allem von bürgerlichen und intellektuellen Kreisen unterstützten Kandidaten František Mikloško (6,52 Prozent) und Martin Bútora (6,51 Prozent) ab. Mikloško war Kandidat der mitregierenden "Christdemokratischen Bewegung" (KDH) und ist in der Slowakei als ehemaliger antikommunistischer Dissident, aber auch als Verfechter einer unpopulären kirchennahen Politik bekannt. Bútora hingegen ist erst kürzlich als ehemaliger slowakischer Botschafter in den USA in die Slowakei zurückgekehrt. Der ehemalige Leiter des "Instituts für öffentliche Fragen" (IVO) gilt als Galionsfigur der wirtschaftsliberalen Nichtregierungsinstitutionen. Diese haben großen Einfluss auf die Regierungspolitik und die internationale Sicht der Slowakei, aber wenig Bezug zu den slowakischen "Normalbürgern".

Das entscheidende Duell um das höchste Staatsamt werden nun zwei Kandidaten bestreiten, die beide als Symbolfiguren einer umstrittenen Vergangenheit und als Hindernisse bei der Integration des Landes in die Europäische Union und die NATO galten. Mečiar hatte dem Land in seiner bis 1998 dauernden Regierungszeit die staatliche Unabhängigkeit und ein hohes Wirtschaftswachstum gebracht. Zugleich aber führte er die Slowakei mit einer Reihe von Skandalen in die Isolation gegenüber der Europäischen Union und der NATO. Gašparovič war als Parlamentspräsident und Vizeparteichef während der gesamten Neunzigerjahre rechte Hand Mečiars gewesen. Als dieser ihn aber nicht mehr in die verjüngte Kandidatenliste für die Parlamentswahl 2002 aufnahm, gründete Gašparovič aus Protest eine eigene Partei. Mit dieser Neugründung namens "Bewegung für Demokratie" (HZD) scheiterte er trotz der verwechselbaren Anlehnung an Mečiars Partei "Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) an der Fünfprozenthürde für den Parlamentseinzug. Gašparovič verkörperte ursprünglich den nationalistischeren Flügel der Mečiar-Partei HZDS. Folgerichtig suchte er nach seinem Bruch mit Mečiar auch das Bündnis mit der extremen Rechten und wurde zunächst als Kandidat der radikalen Nationalisten nominiert. Überraschend erhielt er kurz vor der Wahl aber auch die offensichtlich wahlentscheidende Unterstützung durch den derzeit populärsten Politiker der Slowakei, den links-liberalen Gründer der Partei Smer (Richtung), Robert Fico.

Ein gleichzeitig abgehaltenes Referendum zum Sturz der Mitte-Rechts-Regierung und für vorgezogene Neuwahlen verfehlte mit 35,86 Prozent klar die notwendige Beteiligung von mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten. Der Ausgang der Präsidentenwahl könnte aber für die Regierung, vor allem für Ministerpräsident Dzurinda, ein ähnlicher Schock sein, wie es ein Referendumserfolg gewesen wäre. Die Regierung hatte zum Boykott des gegen sie gerichteten Referendums aufgerufen. Nicht wenige regierungsnahe Wähler nahmen die-

sen Boykottaufruf und den aus allen Umfragen resultierenden Eindruck, dass Kukan sowieso gewinnen werde, offensichtlich zum Anlass, gleich beide Wahlgänge auszulassen. Traditionell sind aber gerade die Mečiar-Anhänger sehr konsequente Wahlteilnehmer. Die niedrige Wahlbeteiligung hatte schon in früheren Wahlen Mečiar genutzt. Deshalb war es bis 2002 üblich gewesen, dass die Mečiar-Gegner in aufwendigen, aber scheinbar "unpolitischen" Kampagnen zu einer hohen Wahlbeteiligung aufgerufen hatten. Der jetzige Wahlgang war der erste, vor dem das nicht geschah. Abschreckend für viele Wähler war auch eine Reihe von Korruptions- und Geheimdienstaffären rund um Dzurindas Regierungspartei SDKÚ.

Erste Reaktionen auf den "Wahlschock"

Ein Teil der Koalitionspartner forderte nach dem Wahldebakel mehr oder weniger offen Dzurindas Rücktritt. Am deutlichsten äußerte sich diesbezüglich Ľubomír Lintner, der Vizeparteichef der mitregierenden liberalen Partei "Allianz des Neuen Bürgers" (ANO). Er sprach unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse von einer "Ohrfeige für die Regierung, vor allem für Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda". Indirekt forderte er, Dzurinda solle zurücktreten, weil er die Hauptverantwortung für eine Reihe von Geheimdienst- und Korruptionsaffären trage. Stattdessen solle Kukan die Parteiführung der SDKÚ übernehmen, um einen Neubeginn in der Regierung zu ermöglichen. Kukan war als Kandidat in der Kampagne wenig kritisiert worden. Auch die Wahlgegner schossen sich mehr auf die (innenpolitische) Regierungsarbeit im Allgemeinen ein, mit der Kukan aber in der Öffentlichkeit wenig identifiziert wird. Die einzige Kritik an Kukan persönlich betraf das Faktum, dass er seine Diplomatenkarriere schon in der Zeit des Realsozialismus begann, woraus seine Kritiker schlossen, dass er zwangsläufig Kontakte zum kommunistischen Geheimdienst gehabt haben müsse.

Bela Bugar, Parteichef der zweitgrößten Regierungspartei "Partei der Ungarischen Koalition" (SMK-MKP), hatte schon vor der Wahl offen erklärt, ein Rücktritt Dzurindas würde die zuletzt konfliktreiche Regierungsarbeit "erleichtern". Unmittelbar nach der Wahl gab er sich hingegen zurückhaltender und kritisierte lediglich, dass Dzurinda den Kandidaten Kukan "ohne Konsultation mit den Koalitionspartnern" nominiert und damit eine gemeinsame Unterstützung durch alle Regierungsparteien verhindert habe. Die letzten Tage vor der Wahl waren von öffentlichen Spekulationen um eine "Spendenaffäre" der SDKÚ und Vorwürfe der Koalitionspartner überschattet gewesen, die SDKÚ instrumentalisiere gemeinsame Erfolge für sich allein. So hatte beispielsweise Parlamentspräsident Pavol Hrušovský von der mitregierenden "Christlich-Demokratischen Bewegung" (KDH) im letz-

ten Augenblick seine Teilnahme an den offiziellen Feiern am 2. April zum NATO-Beitritt der Slowakei mit der Begründung abgesagt, die SDKÚ habe daraus am Vorabend der Präsidentenwahl eine reine Parteiveranstaltung gemacht.

In Bratislava wurde auch am Tag „nach dem Schock“ (Originalton aus der Parteizentrale der regierenden SDKU) noch über die Ursachen des ärgerlichen Ergebnisses spekuliert. Ohne Zweifel waren die Kandidaturen Butora und Miklosko für das Projekt der Präsidentenkür Kukans kontraproduktiv. Insbesondere herrschte Unmut über die Tatsache, dass es nicht gelungen war, Kukan zum gemeinsamen Kandidaten der Koalitionsparteien zu bestimmen. Durch die Unterstützung der Kandidatur Miklosko durch die KDH und die SMK ist es jetzt gelungen, zwei Personen in den zweiten Wahlgang kommen zu lassen, von denen keiner für eine der 4 Koalitionsparteien akzeptabel ist.

In der SDKU wird jedoch auch selbstkritisch analysiert: Einerseits habe man die Kandidatur Kukan nicht mit dem gebotenen Nachdruck betrieben. Man wäre sich der Sache – zumindest für den ersten Wahlgang – nach dem Ergebnis der Umfragen zu sicher gewesen. Zum zweiten hätte Premier Dzurinda sich mit den Koalitionspartnern besser absprechen können. Letztlich wäre es auch angezeigt gewesen, mehr Koalitionsdisziplin einzufordern. Schließlich hatte die größte Regierungspartei SDKU auch den KDH-Kandidaten für die Europäische Kommission, Jan Figel, mitgetragen.

Der überraschende Zweitplatzierte der Präsidentenwahl, Ivan Gašparovič, erklärte in ersten Fernsehinterviews hingegen, die "teure Megakampagne" sei Hauptgrund dafür gewesen, dass Wahlfavorit Eduard Kukan knapp weniger Stimmen als er erreicht habe. Eine so teure Kampagne schrecke in Zeiten von Sparprogrammen eher ab, als Sympathien zu wecken. Indirekt empfahl er sich den Mečiar-Gegnern auch als "kleineres Übel" im zweiten Wahlgang. Während nämlich Mečiar als Symbol für ein internationales Negativimage der Slowakei gilt, ist Gašparovič international kaum bekannt und kann daher als der "harmlose" Kandidat für das ohnehin durch diesen Wahlausgang nicht gerade geförderte slowakische Auslandsimage gelten. Andererseits muss ihn die Regierungskoalition aus drei christdemokratischen und einer liberalen Partei mehr als Mečiar fürchten. Während sich nämlich Mečiar schon seit Monaten als willfähriger Erfüllungsgehilfe der Regierung anbietet, um aus seiner bisherigen Isolierung heraus zu kommen und als potenzieller politischer Partner akzeptiert zu werden, muss sich Gašparovič dessen bewusst sein, dass er ohne die Wahlempfehlung der Partei Smer von Róbert Fico wohl keine Chance gehabt hätte. Für die Koalition ist aber gerade der populäre Fico mit seiner in allen Umfragen führenden

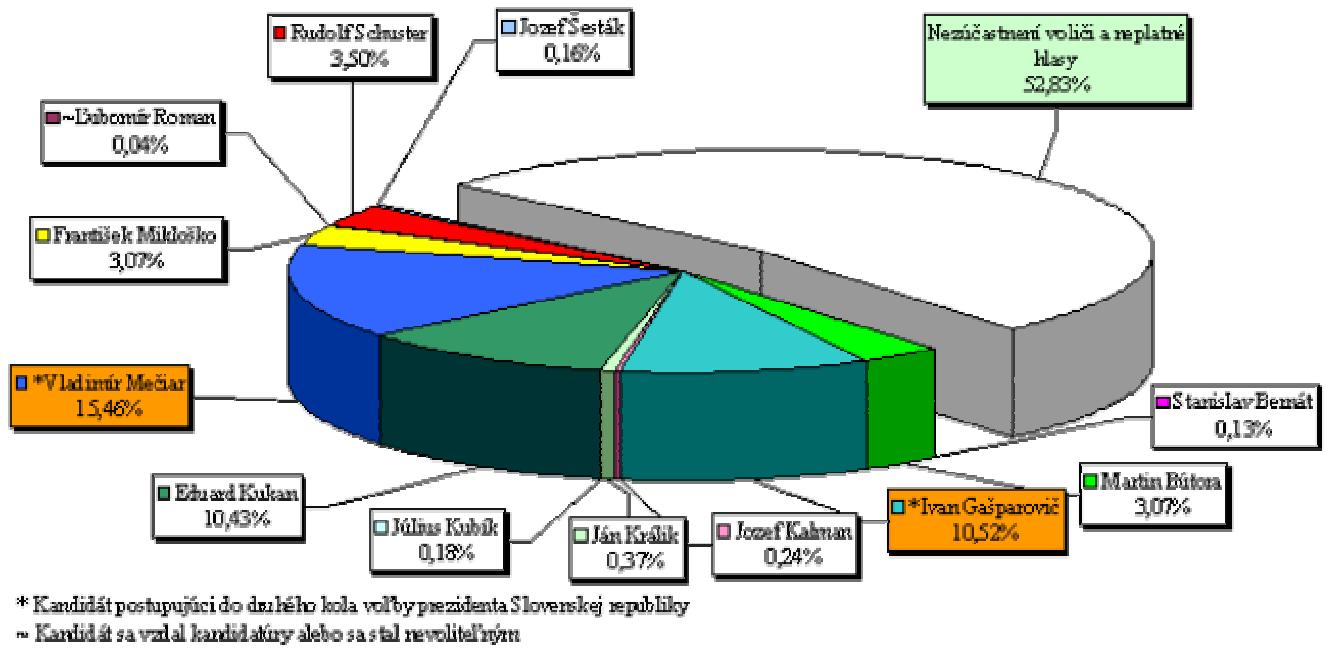
Partei Smer eine ernsthaftere Gefahr als der politisch nur mehr müde Schatten seiner selbst, Vladimír Mečiar. Für den zweiten Wahlgang wird nach Ansicht von Experten aber gerade das Verhalten der regierungsnahen Wähler entscheidend sein: Resignieren sie und bleiben der Wahl fern, wird Mečiar gewinnen, weil er wesentlich mehr Anhänger als Gašparovič hat. Dass Mečiar noch viel mehr Gegner als Anhänger hat, wird mit Blick auf die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 47,94 Prozent deutlich. Dies beweisen Daten des staatlichen Statistikamtes (siehe Tabelle und Grafik, sowie die Internet-Empfehlung www.statistics.sk): gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten (nicht der tatsächlichen Wähler) ist sein Anteil nämlich minimal und korrespondiert mit dem bei den früheren Parlamentswahlen, als es eine höhere Wahlbeteiligung gab.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl im Überblick:

Kandidat	Stimmen	Prozent
Vladimír Mečiar	650.242	32,73
Ivan Gašparovič	442.564	22,28
Eduard Kukan	438.920	22,09
Rudolf Schuster	147.549	7,42
František Mikloško	129.414	6,52
Martin Bútora	129.387	6,51
Ján Králik	15.873	0,79
Jozef Kalman	10.221	0,51
Július Kubík	7.734	0,38
Jozef Šesták	6.785	0,34
Stanislav Bernát	5.719	0,28

Grafik zur Präsidentenwahl (Slowakisches Statistikamt, www.statistics.sk):

Weiß = Nicht teilgenommene bzw. ungültige Stimmen



Wie geht es weiter?

Viele internationale Analysten stellten in ersten Stellungnahmen die These auf, im zweiten Wahlgang verbündeten sich die sog. „demokratischen Kräfte“ gegen den skandalumwitterten Rechtspopulisten Meciar. Meciar hätte mit den von ihm erzielten knapp 33% sein Potential ausgeschöpft. Die restlichen Wähler stünden jetzt in einer „Koalition der demokratischen Kräfte“ gegen den Anti-demokraten Meciar zusammen. Damit wäre der Wahlerfolg Gasparovics im zweiten Wahlgang gesichert

Bei näherer Betrachtung ist die Situation jedoch sehr viel komplizierter: zunächst ist die politische Vergangenheit Gasparovics noch zwielichtiger als die Meciars (s.o.: Gasparovic galt als der eigentlich noch extremere der beiden Hauptfiguren der rechtspopulistischen HZDS). Daran kann auch nichts ändern, dass Gasparovic sich seit einigen Jahren als gewendeter Demokrat gibt. Einige Beobachter konstatieren daher, die Wahl Gasparovics könne der Versuch werden, „den Teufel mit dem Beelzebub austreiben“ zu wollen.

Gasparovic ist ferner der Kandidat des linkspopulistischen Oppositionsführers, Robert Fico. Insbesondere in der Wirtschaft befürchtet man, dass die Wahl Gasparovics den liberalen Wirtschaftsreformprozess der Regierung Dzurinda bremsen könnte. Fico kritisiert die wirtschaftsliberale Ausrichtung der Regierung Dzurinda massiv und gibt sich als Vertreter und Anwalt der „kleinen Leute“. Gasparovic, der ohne die Wahlempfehlung Ficos nicht im Ansatz ein ähnliches Ergebnis hätte

erzielen können, steht in Ficos Schuld. Die These, dass Fico das Präsidialamt zur Durchsetzung seiner Oppositionspolitik instrumentalisieren könnte, ist nachvollziehbar. Die Slowakei, die in Europa schon als Fallbeispiel für das Greifen von radikalliberalen Wirtschaftsreformen studiert wird, könnte politisch gelähmt werden. Die Fallstudie wäre beendet, bevor sich greifbare Resultate einstellen. Die Bevölkerung wartet dringend auf die versprochene Verbesserung der Lebensumstände. Jede noch so kleine Verzögerung verstärkt den Unmut über die Regierungspolitik und: **sie erhöht die Chancen Ficos aus den nächsten Parlamentswahlen als Sieger hervorzugehen.** Darauf setzt der populäre Oppositionsführer.

Die Regierung könnte daher versucht sein, eine Wahlempfehlung zugunsten Meciars auszusprechen. Entsprechende Anzeichen für ein derartiges Vorgehen existieren. Die Kooperation mit Meciar, der sich in den letzten Jahren insbesondere außenpolitisch zunehmend konzilianter gab, ist für die Regierung Dzurinda aus den o.g. Gründen vermutlich einfacher als mit Gasparovic. Dzurinda weiß allerdings um das schlechte Ansehen Meciars im Ausland. Meciars Wahl am Vorabend des EU-Beitritts des Landes nährt die Auffassung der Skeptiker in der EU, man hätte mit der Aufnahme der Slowakei noch zuwarten sollen. Dzurindas Wahlmöglichkeiten sind eingeschränkt, er muss sehr vorsichtig agieren: einerseits kann Dzurinda sich Verunsicherung unter den Investoren im Hinblick auf die Fortführung seines Kurses nicht erlauben, andererseits steht er außenpolitisch unter Druck.

Nach jüngsten Informationen wird Dzurinda keinerlei Wahlempfehlung für den zweiten Wahlgang aussprechen und auch selbst nicht zur Wahl gehen. Auch wenn ihm dies den Vorwurf eintragen wird, sich nicht an den demokratischen Willensbildungsprozessen in seinem Land beteiligen zu wollen, ist dies unter den gegebenen Umständen die klügste Entscheidung.

Den in letzter Zeit in Deutschland lauter werdenden Stimmen, die eine Direktwahl des Bundespräsidenten fordern, sollte die Präsidentschaftswahl in der Slowakei 2004 ein abschreckendes Beispiel sein.

Bratislava, den 5. April 2004

Christoph Thanei

Dr. Stefan Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)